



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

18. Januar 2011

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

auch wenn das neue Jahr nun schon fast drei Wochen alt ist - ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute für 2011 und hoffe, Sie hatten einen guten Beginn!

Der politische Start ins Jahr war geprägt von vielen Klausurtagungen: Montag und Dienstag letzter Woche kam in Potsdam der Parteivorstand zusammen, ab Mittwoch die SPD-Bundestagsfraktion in Magdeburg und von Freitag bis Samstag tagte die hessische SPD in Friedewald. Wir haben auf den intensiven Klausurtagungen - jeweils mit anderem Schwerpunkt - die Jahresplanung besprochen, Projekte der nächsten Monate diskutiert und Arbeitsaufträge verteilt.

Zentrales Thema war eine Neubestimmung des Fortschrittsbegriffs. Dazu finden Sie weitere Informationen und einen Podcast auf meiner Homepage www.brigitte-zypries.de.

Einen Terminhinweis für den Sommer habe ich schon: Es wird auch 2011 wieder gewandert! Vom 3. bis 7. August bin ich im Wahlkreis unterwegs, die genauen Routen werden noch erarbeitet und wir werden Sie rechtzeitig im *Brief aus Berlin* informieren.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

Termin-Tipp I

Peer Steinbrück in Darmstadt

Am **31. Januar** liest Bundesfinanzminister a.D. **Peer Steinbrück** aus seinem Buch „Unterm Strich“ im Karolinenaal in Darmstadt. Die Veranstaltung beginnt um **16 Uhr**, der **Eintritt ist frei**.

In seinem Buch analysiert Peer Steinbrück schonungslos die Finanz- und Wirtschaftskrise und er fordert klare Konsequenzen für Politik und Gesellschaft. Was muss sich ändern, damit wir langfristig die Herausforderungen der Krise meistern - **darüber möchte ich mit Ihnen und Peer Steinbrück diskutieren** und freue mich über Ihr **Kommen!**



Termin-Tipp II

Wie weiter bei der PID?

Entscheidung im Bundestag

Bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) werden im Reagenzglas erzeugte befruchtete Eizellen außerhalb des Mutterleibes auf genetische Fehler untersucht und geschädigte Embryonen vernichtet. In Deutschland galt sie bis zum Urteil des BGH im Sommer 2010 als verboten, **nun muss der Bundestag eine gesetzliche Regelung schaffen**, die Rechtssicherheit für die betroffenen Paare schafft.

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten **diskutiere ich am 16. Februar im Darmstädter Karolinenaal** über das Für und Wider der PID und lade Sie herzlich zu der Veranstaltung ein! **Beginn ist um 18 Uhr.**

Verbraucher verunsichert, Regierung zerstritten: Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal

Kann ich mein Frühstücks-Ei am Wochenende noch genießen? Hühner, Puten und Schweine haben in deutschen Massenbetrieben verseuchtes Futter gefressen - wo versteckt sich vielleicht noch mehr Dioxin? **Die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger über die Auswirkungen des aktuellen Dioxin-Skandals ist groß, das habe ich auch in vielen Gesprächen in meinem Wahlkreis gemerkt.**

Welche Auswirkungen die belasteten Lebensmittel auf uns haben, ist noch nicht klar. Fest steht aber, dass die bestehenden Kontroll- und Informationswege nicht ausreichend sind. Die vorliegenden Hinweise zeigen, dass es vor allem in Niedersachsen erhebliche Mängel bei der Kontrolldichte gibt. **Es kann nicht sein, dass seit „geraumer Zeit“ verbotenerweise technische Fette für die Futtermittelherstellung verwendet werden** - hier müssen die Verantwortlichen in Bund und Land sofort handeln!

In dieser Woche wird sich sowohl der zuständige Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit dem Dioxin-Skandal befassen, als auch das Parlament in einer Aktuellen Stunde am Mittwoch. **Ministerin Aigner muss zu den Vorkommnissen Stellung beziehen und endlich konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen!**

Die **SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesländer haben bereits in der vergangenen Woche einen Maßnahmenkatalog vorgestellt** - es ist gut, dass sich Frau Aigner mit ihren Forderungen dem nun angeschlossen hat. An erster Stelle **müssen die aktuellen Vorgänge lückenlos und zügig aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden**, denn was dort geschehen ist, ist (schon jetzt) strafbar. Sodann muss geklärt werden, warum zwischen den ersten Meldungen der Kontrollbehörden und der Schließung betroffener Höfe 11 Tage lagen und was das für die künftige Informationspflichten und -fristen bedeutet. **Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht, schnell und umfassend informiert zu werden.** Wir fordern daher, eine **bundesweite Informationsplattform im Internet** einzurichten und das Verbraucherinformationsgesetz so zu verbessern, dass die Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen in einer Datenbank Pflicht wird. Nicht zuletzt erfordern **häufigere und strengere Kontrollen mehr Personal** in den zuständigen Behörden. Frau Aigner muss endlich handeln und nicht länger über Zuständigkeiten diskutieren und Verantwortungen „abschieben“!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/](#) Evgeni Tcherkasski (S. 2)
[aboutpixel/](#) Marc Hemkhaus (S. 3)

Mehrgenerationenhäuser erfolgreich - aber wie geht es weiter?

In 500 Mehrgenerationenhäusern (MGH) in ganz Deutschland treffen sich Jung und Alt und nehmen gemeinsam die verschiedensten Angebote und Projekte wahr - zum Beispiel in Groß-Zimmern beim Tanzcafé für Demenzkranke oder im Darmstädter Mütterzentrum bei der „Haarfahrt“, dem Friseurtermin vor Ort inklusive Kinderbetreuung. Bundesweit unterstützen mehr als 16.000 Freiwillige die Arbeit in den Häusern, mehr als 60 Prozent der Aktiven in den MGH sind freiwillig Engagierte.

Die Mehrgenerationenhäuser wollen Anlaufstelle sein - ein Ort, wo Menschen in ihrer Nachbarschaft das finden, was sie im Alltag brauchen: Kinderbetreuung, Freizeitangebote für Ältere oder einfach nur einen Treffpunkt für ein Gespräch. Diese Angebote fördern das Miteinander mehrerer Generationen unter einem Dach. **Für junge Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund und ältere Menschen haben sich die Mehrgenerationenhäuser als wichtige niedrigschwellige Anlaufstellen etabliert.**

Ab 2011 läuft der jährliche Bundeszuschuss an die Mehrgenerationenhäuser sukzessive aus, so sieht es das Gesetz vor. Viele Träger von Mehrgenerationenhäusern stehen deshalb bereits heute finanziellen Schwierigkeiten gegenüber, die den Fortbestand vieler Mehrgenerationenhäuser gefährden. Wegfallende Infrastrukturangebote für Familien, Kinder und Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren wären vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ein falsches Signal. Deshalb ist ein neues Konzept für ein Anschlussprogramm überfällig! **Die Bundesfamilienministerin ist aufgefordert, ein solches Konzept umgehend vorzulegen - wir dürfen keine Zeit verlieren, denn die Aktiven in den Einrichtungen brauchen Planungssicherheit und dürfen nicht länger im Unklaren gelassen werden.**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag vorgelegt, der die Bundesregierung zum Handeln auffordert. In dieser Woche wird der Antrag erstmals im Bundestag beraten - ich bin gespannt, ob die Familienministerin dann mehr vorzulegen hat, als Lippenbekenntnisse...

Den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 17/4031 finden Sie unter www.bundestag.de.